

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Martin Sichert, Dr. Christina Baum, Jörg Schneider, Thomas Dietz, Kay-Uwe Ziegler, Carolin Bachmann, Jürgen Braun, Robert Farle, Martin Reichardt, Frank Rinck und der Fraktion der AfD

Mögliche Schwankung der Chargenqualität von COVID-19-Impfstoffen

In der Folge einer Pressekonferenz am 20. September 2021 im „Pathologischen Institut Reutlingen“ (<https://www.welt.de/wissenschaft/plus233927158/Pathologien-Pressokonferenz-Angebliche-Befunde-zu-Impftoten.html>; bei dem Pathologischen Institut Reutlingen handelt es sich nicht um das Institut für Pathologie der Kreiskliniken Reutlingen) fand am 4. Dezember 2021 in Berlin eine „2. Pathologie Konferenz“ statt (<https://pathologie-konferenz.de/>).

Bezüglich der COVID-19-Impfstoffe wurde dort mit Hinweis auf das US-amerikanische Vaccine Adverse Event Reporting System (VAERS) von starken Schwankungen der Chargenqualität bzw. der Anzahl der Nebenwirkungen von Charge zu Charge gesprochen: „Es gibt 90, vielleicht 95 Prozent von Impfchargen, die sind nicht viel anders als die normalen Grippeimpfungen. Und dann gibt es also diese Schlecht-Chargen, da reden wir von einem Faktor 100 bis 1000 mehr Nebenwirkungen“ (<https://report24.news/2-pathologie-konferenz-impfung-ist-bei-vorerkrankten-normalerweise-toedliche-aktion/>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind im Rahmen der staatlichen Chargenüberprüfungen in Deutschland entsprechende Feststellungen bezüglich stark schwankender Chargenqualität bei COVID-19-Impfstoffen gemacht worden, ggf. bei welchen Impfstoffen?
2. Sind im Rahmen der Pharmakovigilanz in Deutschland Chargen von COVID-19-Impfstoffen festgestellt worden, bei deren Einsatz überproportional viele unerwünschte Arzneimittelwirkungen (UAW) aufgetreten sind, ggf. bei welchen Impfstoffen, in welcher Zahl, und welche UAW wurden dabei in welchem Umfang berichtet?
3. Sind der Bundesregierung entsprechende Feststellungen zur Chargenqualität und zu chargenabhängig variierender Nebenwirkungshäufigkeit bei COVID-19-Impfstoffen von EU-Behörden oder Behörden anderer Staaten zur Kenntnis gebracht worden?

Berlin, den 10. Januar 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

